

## Ansprache

Neujahrsempfang Prinz Max, 18.01.2026

---

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Besucher und Gäste,

ein neues Jahr beginnt. Und ich glaube, wir alle spüren: Es beginnt nicht leicht, nicht leise – sondern mit einer gewissen Schwere. Mit vielen Fragen. Mit Unsicherheiten. Und auch mit Sorgen, die wir so in dieser Dichte lange nicht kannten.

Der Jahreswechsel ist immer ein Moment des Innehaltens. Ein Moment, in dem man zurückblickt – und gleichzeitig versucht, nach vorne zu schauen. Ich will ehrlich sein: Dieses „nach vorne schauen“ fällt uns allen derzeit schwerer als früher. Nicht, weil wir mutlos geworden wären. Sondern weil die Welt unübersichtlicher geworden ist.

Wir leben in einer Zeit, in der sich Gewissheiten auflösen. In der vertraute Sicherheiten brüchig werden und alte Antworten nicht mehr ausreichen. In der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen unter Druck geraten – gleichzeitig, weltweit und spürbar bis in unseren Alltag hier in Salem.

Und genau deshalb halte ich es für richtig, diesen Neujahrsempfang nicht mit leichten Worten zu beginnen. Sondern mit einem klaren Blick auf die Realität. Wenn wir heute auf die Welt schauen, sehen wir keine ruhige Ordnung mehr. Wir sehen Konflikte, Spannungen, Machtverschiebungen.

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon viel zu lange. Er ist längst nicht mehr „nur“ ein regionaler Konflikt. Er ist ein Krieg um Grundprinzipien: um Grenzen, um Souveränität, um das Recht von Staaten, selbst über ihren Weg zu entscheiden. Und er hat Folgen – massive Folgen.

Folgen für Energiepreise, Folgen für Märkte, Folgen für Lieferketten, Folgen für Haushalte – auch kommunale Haushalte.

Und während dieser Krieg mitten in Europa tobt, ist der Nahe Osten erneut in eine Spirale aus Gewalt, Leid und Eskalation geraten. Bilder von Zerstörung, von Angst, von menschlichem Elend erreichen uns täglich. Und man spürt: Die Welt ist aus den Fugen geraten.

Gleichzeitig verschärft sich der globale Wettbewerb. Die Beziehungen zu den USA sind nicht mehr die verlässliche Konstante, die sie jahrzehntelang waren. China verfolgt knallhart eigene Interessen. Internationale Handelsbeziehungen werden politischer, konfliktreicher, unberechenbarer.

Und in diesen Tagen erleben wir erneut, wie fragil die internationale Ordnung geworden ist. Die jüngsten Ereignisse in Venezuela – Berichte über einen militärischen Angriff, über die gewaltsame Festsetzung des dortigen Staatsoberhauptes durch ausländische Kräfte – markieren eine neue Eskalationsstufe.

Unabhängig davon, wie man das politische System Venezuelas bewertet: Wenn staatliche Souveränität offen missachtet wird, wenn Machtpolitik wieder über Recht gestellt wird, dann betrifft das uns alle. Dann geraten Grundprinzipien ins Wanken, auf denen die internationale Zusammenarbeit über Jahrzehnte aufgebaut war.

Solche Bilder und Nachrichten verunsichern. Sie zeigen, dass das Recht des Stärkeren wieder an Bedeutung gewinnt – und dass Regeln, die lange als selbstverständlich galten, offen in Frage gestellt werden.

Diese weltweiten Spannungen sind keine abstrakten Nachrichtenmeldungen. Sie landen bei uns – mitten in Europa. Europa gerät zunehmend zwischen die Fronten. Zwischen Großmächten, zwischen Interessen, zwischen Erwartungen. Und genau hier entscheidet sich, ob wir handlungsfähig bleiben – oder getrieben werden.

Der Druck auf Europa ist enorm: Wirtschaftlich, politisch, sicherheitspolitisch.

Wir investieren wieder massiv in Verteidigung. Wir müssen es. Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass wir unsere Sicherheit nicht länger als selbstverständlich

betrachten dürfen. Aber diese Investitionen kosten Geld. Sehr viel Geld. Geld, das an anderer Stelle fehlt.

Und all das geschieht in einer Zeit, in der die öffentlichen Haushalte ohnehin unter Druck stehen. Schauen wir auf unser eigenes Land.

Deutschland steckt wirtschaftlich in einer schwierigen Phase. Die Wettbewerbsfähigkeit leidet. Energiepreise, Bürokratie, Fachkräftemangel, Investitionszurückhaltung – all das trifft unsere Unternehmen. Und wenn Unternehmen schwächeln, dann spüren das am Ende auch die Kommunen.

Denn unsere Einnahmen hängen direkt davon ab, wie es der Wirtschaft geht. Gewerbesteuer, Einkommensteueranteil, Investitionen – das alles ist kein abstraktes Zahlenwerk, sondern die Grundlage dafür, ob wir vor Ort gestalten können oder nicht.

Was das bedeutet, lässt sich bei uns im Bodenseekreis sehr konkret beobachten.

Der größte Arbeitgeber in unserer Region ist die ZF Friedrichshafen. Jahrzehntlang ein wirtschaftliches Schwergewicht, ein Stabilitätsanker – für Arbeitsplätze, für Wertschöpfung und auch für die öffentlichen Haushalte.

Die ZF ist zugleich der größte Einzahler in die Zeppelin Stiftung der Stadt Friedrichshafen. Über diese Stiftung wurde über Jahrzehnte hinweg das Bodenseeklinikum finanziert und getragen – ein zentrales Stück unserer regionalen Daseinsvorsorge.

Doch wenn ein Unternehmen wirtschaftlich unter Druck gerät, dann bleibt auch das nicht ohne Folgen. Die finanziellen Spielräume der Stiftung sind deutlich geschrumpft. Die Stadt Friedrichshafen hat deshalb die Trägerschaft für das Klinikum aufgekündigt.

Die Konsequenz ist klar – und sie betrifft uns alle: Jetzt muss der Bodenseekreis einspringen. Und damit tragen künftig alle Städte und Gemeinden im Kreis gemeinsam die Verantwortung – finanziell wie politisch.

Im Kreishaushalt sind für dieses Jahr bereits 13 Millionen Euro für das Klinikum eingeplant. Und das ist, darüber müssen wir offen sprechen, erst der Einstieg. Niemand kann heute seriös sagen, welche Summen in den nächsten Jahren noch folgen werden.

Was zeigt uns dieses Beispiel?

Es zeigt, wie eng wirtschaftliche Stärke, kommunale Infrastruktur und politische Handlungsfähigkeit miteinander verbunden sind.

Wenn die Wirtschaft schwächelt, geraten zuerst Unternehmen unter Druck. Dann geraten Stiftungen, Haushalte und Investitionen unter Druck. Und am Ende trifft es die kommunale Ebene – ganz konkret, ganz real, direkt vor Ort.

Und genau an diesem Punkt stehen wir heute auch hier in Salem.

Nicht theoretisch. Nicht irgendwann. Sondern jetzt.

Denn auch unser Gemeindehaushalt ist kein isoliertes Konstrukt. Er ist Teil dieses Systems. Er hängt davon ab, wie sich die Wirtschaft entwickelt, wie hoch Umlagen ausfallen, welche Aufgaben uns übertragen werden – und wie ehrlich wir mit unseren eigenen Möglichkeiten umgehen.

Salem hat über viele Jahre klug und vorausschauend gewirtschaftet. Wir haben investiert, wir haben entwickelt, wir haben alle elf Ortsteile im Blick behalten – und wir haben dabei nie über unsere Verhältnisse gelebt. Genau deshalb sind wir heute schuldenfrei. Das ist eine Stärke. Aber es ist kein Schutzschild gegen jede Veränderung.

Denn die Rahmenbedingungen haben sich spürbar verschoben:

Die Ausgaben steigen – dauerhaft. Die Anforderungen wachsen – gleichzeitig. Und die finanziellen Spielräume werden enger.

Das zwingt uns, Verantwortung neu zu denken. Nicht hektisch, aber konsequent.

Und deshalb sage ich ganz offen:

Wenn wir wollen, dass Salem auch in Zukunft handlungsfähig bleibt, dann konnten wir nicht einfach so weitermachen wie bisher. Wir mussten handeln – und wir haben gehandelt.

Wir haben Gebühren überprüft und angepasst – bei der Hundesteuer, bei den Kindergartengebühren, bei den Friedhofsgebühren. Und wir haben auch die Realsteuerhebesätze angepasst – einschließlich der Gewerbesteuer. Diese Entscheidungen sind getroffen. Sie sind umgesetzt. Und sie dienen einem Ziel: Salem auf einem stabilen Kurs zu halten.

Das waren keine einfachen Entscheidungen. Aber es waren ehrliche Entscheidungen.

Gleichzeitig ist mir eines besonders wichtig:

Eine Gemeinde lebt nicht von Gebühren allein. Sie lebt von einer starken Wirtschaft.

Und genau das haben wir im vergangenen Herbst eindrucksvoll erlebt: bei unserer Gewerbeschau 2025. Was dort sichtbar wurde, hat mich persönlich sehr beeindruckt. Unsere Betriebe haben gezeigt, was sie leisten, wofür sie stehen – und welchen Beitrag sie für Salem leisten. Der Zuspruch aus der Bürgerschaft war enorm. Diese Gewerbeschau war kein Schaufenster, sie war ein klares Bekenntnis: Wirtschaft und Gemeinde gehören zusammen.

Und genau mit diesem Geist gehen wir auch das Thema Gewerbeflächen an.

Wir arbeiten derzeit daran, unser zentrales Gewerbegebiet um rund 5,5 Hektar zu erweitern. Das ist kein Selbstläufer. Und es ist auch kein Thema, bei dem es nur eine Meinung gibt. Aber es ist aus meiner Sicht notwendig, wenn wir Arbeitsplätze sichern, neue Betriebe ansiedeln und unsere Einnahmehasis stärken wollen.

Dabei geht es nicht um Ideologie, sondern um Realismus. Wir wollen wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen – verantwortungsvoll, mit Augenmaß und mit Umweltstandards, die sinnvoll sind, aber nicht abschreckend. Denn nur dort, wo sich Betriebe auch ansiedeln können, entsteht Wertschöpfung für die ganze Gemeinde, für die ganze Region.

Ich weiß, dass es hierzu unterschiedliche Auffassungen gibt – im Gemeinderat wie auch in der Öffentlichkeit. Das gehört zur Demokratie. Mein Anspruch ist es, diese unterschiedlichen Positionen mit zu nehmen, sie abzuwägen und am Ende Entscheidungen so vorzubereiten, dass sie von einer möglichst breiten Mehrheit getragen werden können.

Deshalb arbeiten wir aktuell mit Nachdruck daran, das Bebauungsplanverfahren zur Erweiterung des zentralen Gewerbegebiets möglichst bis zum Sommer zum Abschluss zu bringen, um Klarheit zu schaffen – für den Gemeinderat, für die Bürgerschaft und für interessierte Betriebe.

Und eines möchte ich an dieser Stelle ebenso klar sagen:

Viele unserer Betriebe bringen sich konstruktiv ein. Sie investieren, sie bilden aus, sie übernehmen Verantwortung – und sie stehen in engem Austausch mit der Gemeinde. Dieses Miteinander ist eine große Stärke Salems.

Diese Partnerschaft zwischen Kommune und Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie sind die Grundlage dafür, dass wir unsere kommunale Infrastruktur erhalten und weiterentwickeln können.

Straßen, Brücken, Radwege – das sind keine Prestigeprojekte. Das sind die Lebensadern unserer Gemeinde. Und deshalb investieren wir hier regelmäßig und mit Augenmaß, um einen Investitionsstau gar nicht erst entstehen zu lassen.

Dieses Prinzip haben wir, wie in den Vorjahren, auch im Jahr 2025 ganz gezielt umgesetzt.

Mit dem zweiten Bauabschnitt der Schlosseeallee, inklusive Brückenbauwerk, haben wir ein wichtiges Infrastrukturprojekt mit rund 865.000 Euro realisiert. Ebenso hat der Ausbau der Nüffernstraße in Neufrach mit einem Volumen von etwa 2,8 Millionen Euro deutliche Fortschritte gebracht und die Verkehrssituation nachhaltig verbessert.

Und mit dem Radweg von Grasbeuren nach Buggensegel haben wir eine wichtige Verbindung hergestellt – und zwar für den Alltag und für die Freizeit.

Gleichzeitig richten wir den Blick nach vorne, insbesondere beim Geh- und Radwegebau.

Dabei ist mir eines wichtig klarzustellen: Wir sind nicht überall Straßenbaulastträger. Häufig liegt die Zuständigkeit beim Land oder beim Landkreis. Aber wir warten nicht ab. Wir treiben Projekte voran. Und wir machen unsere Hausaufgaben.

Dazu gehört ganz wesentlich der Grunderwerb. Denn dort, wo wir Flächen sichern können, ist das oft die halbe Miete für die spätere Umsetzung. Genau hier bringen wir uns aktiv ein.

Konkret arbeiten wir derzeit an mehreren Projekten:

- dem Radweg vom Affenberg nach Tüfingen. Das Projekt steht, ist durchfinanziert und wird 2026 umgesetzt.
- einem neuen Radweg von Grasbeuren nach Ahausen, bei dem der Grunderwerb noch nicht vollständig gesichert ist und der deshalb anspruchsvoll bleibt,
- und vor allem an der Verbreiterung des Radweges von Stefansfeld nach Weildorf.

Dieses Projekt hätte tatsächlich schon weiter sein müssen. Das sage ich ganz offen: Das lag nicht an fehlendem Willen von außen, sondern an unserer eigenen Bearbeitung. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Entscheidend ist aber: Das wissen wir. Und wir ziehen daraus die richtigen Konsequenzen. In diesem Jahr nehmen wir dieses Vorhaben nochmals mit neuem Fokus auf – auch im engen Austausch mit dem Zuschussgeber – und bringen es strukturiert und verbindlich voran.

Denn sichere Geh- und Radwege sind keine Nebensache. Sie sind ein zentraler Beitrag zur Verkehrssicherheit, zur Lebensqualität und zu einer alltagstauglichen Mobilität – für Jung und Alt.

Gerade solche Projekte wirken auf den ersten Blick oft selbstverständlich. Ein Radweg hier, eine Verbreiterung dort. Aber ich möchte an dieser Stelle bewusst sagen: Nichts davon ist ein Selbstläufer.

Bevor ein Bagger rollt, braucht es Zeit, Vorbereitung und Koordination. Es geht um Grunderwerb und um Abstimmungen mit Eigentümern. Es geht um Planungsbüros, um Förderanträge und um Zuschussgeber. Es geht um Genehmigungen und um Abstimmungen mit Land und Kreis. Und am Ende muss alles zusammenpassen – rechtlich, fachlich und finanziell.

Dass wir diese Projekte voranbringen, ist deshalb kein Zufall. Es ist das Ergebnis sorgfältiger Arbeit – oft im Hintergrund, oft unsichtbar, aber immer mit hoher Verantwortung.

Und deshalb möchte ich an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung richten. Sie kümmern sich nicht nur um Konzepte und Pläne, sondern sorgen dafür, dass aus Ideen konkrete Verbesserungen werden – für die Menschen in unserer Gemeinde.

Diese Arbeit verdient Anerkennung.

Und ich finde: Dafür darf es heute auch einmal einen Applaus geben.

Infrastruktur bedeutet aber nicht nur Straßen, Brücken und Radwege. Infrastruktur bedeutet vor allem auch: Bildung.

Denn was wir im Straßenbau versuchen – vorausschauend zu investieren, Standards zu sichern und keinen Investitionsstau entstehen zu lassen – gilt in besonderem Maße auch für unsere Schulen.

Vor einer großen Aufgabe stehen wir aktuell im Bereich der Grundschulen. Zum Schuljahr 2026/2027 wird die Einführung der Ganztagesbetreuung gesetzlich verpflichtend. Das ist keine freiwillige Entscheidung der Kommune, sondern eine klare Vorgabe, die wir vor Ort umsetzen müssen – organisatorisch, pädagogisch und finanziell.

Und ich sage ganz offen: Die Ausgangslage ist anspruchsvoll.

Wir haben in Salem drei Grundschulen. Die Abfrage bei den Eltern hat ein sehr differenziertes Bild ergeben:

Rund die Hälfte der Eltern wünscht sich eine verbindliche Ganztagesgrundschule. Die andere Hälfte lehnt genau das entschieden ab – weil sie den Nachmittag ganz bewusst selbst mit ihren Kindern verbringen möchte.

Beide Positionen sind nachvollziehbar. Beide verdienen Anerkennung.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt, der mir persönlich wichtig ist:

Ganztage darf nicht einfach nur Betreuung sein. Schule am Nachmittag darf kein verlängertes Kindergartenangebot werden. Wenn Kinder länger in der Schule sind, dann muss diese Zeit sinnvoll genutzt werden – für Lernen, Förderung, soziale Entwicklung und gemeinsames Erleben.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns für einen differenzierten Weg entschieden.

An der Grundschule Mimmenhausen werden wir eine verbindliche Ganztagesesschule an drei Tagen pro Woche einführen. An den übrigen Tagen bietet die Gemeinde ein ergänzendes Betreuungsangebot an – dieses wird allerdings kostenpflichtig sein. An den Grundschulen in Neufrach und Beuren wird die Ganztagesbetreuung zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeführt.

Damit erreichen wir vor allem eines: Eltern erhalten echte Wahlmöglichkeiten. Sie können künftig entscheiden, welches Modell am besten zu ihrem Familienalltag passt – und welche Schule für ihr Kind die richtige ist.

Der Prozess ist damit abgeschlossen. Die Entscheidung ist getroffen. Aber eines gehört ebenfalls zur Ehrlichkeit dazu: Diese gesetzliche Aufgabe bedeutet einen erheblichen zusätzlichen Aufwand auf kommunaler Ebene.

Die Zuschüsse von Bund und Land werden ganz sicher nicht kostendeckend sein. Ein Großteil der laufenden Kosten bleibt bei der Gemeinde hängen. Hinzu kommen bauliche Anforderungen: Schulgebäude müssen für den Ganztagesbetrieb umgebaut und angepasst werden. Allein an der Grundschule Mimmenhausen sprechen wir hier von Investitionen in Höhe von rund 3 Millionen Euro – ebenfalls nur teilweise gefördert.

Ich spreche das bewusst an, weil genau hier deutlich wird, vor welchen Herausforderungen Kommunen heute stehen: Neue Aufgaben, steigende Standards – und eine Finanzierung, die am Ende oft bei den Städten und Gemeinden landet.

Bildung bedeutet für uns, heute Verantwortung zu übernehmen für das, was morgen trägt. Genau das tun wir – mit Augenmaß, mit Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen und mit dem klaren Anspruch, tragfähige Lösungen für Salem zu schaffen.

An dieser Stelle möchte ich mich auch ausdrücklich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Mein Dank gilt insbesondere unserem Schulleiter, Herrn Stefan Neher, sowie dem Staatlichen Schulamt Markdorf. Der Prozess war anspruchsvoll, die Interessen unterschiedlich – aber der Austausch war sachlich, lösungsorientiert und von gegenseitigem Respekt geprägt.

Das ist keineswegs selbstverständlich. Und genau deshalb möchte ich das heute auch ausdrücklich würdigen. Dafür vielen Dank.

Bevor wir gleich zu unserem Bilderrückblick auf das vergangene Jahr kommen, möchte ich noch einen Themenbereich ansprechen, der mir persönlich sehr am Herzen liegt – und der viel darüber aussagt, was Salem ausmacht: unsere Dorfgemeinschaftshäuser.

Salem besteht aus elf Ortsteilen. Und in jedem dieser Ortsteile gibt es ein Dorfgemeinschaftshaus. Das ist kein Zufall. Das ist Ausdruck unseres Verständnisses von Zusammenhalt, von Miteinander und von gelebter Gemeinschaft.

Diese Häuser sind Orte der Begegnung. Dort spielt sich das Dorfleben ab. Früher waren es die Dorfwirtschaften – die gibt es heute kaum noch. Umso wichtiger sind Räume, in denen Menschen zusammenkommen können: für Vereine, für Feste, für Versammlungen, für Kultur, für Austausch.

Im vergangenen Jahr haben wir hier ein besonders Projekt umsetzen können: Im Ortsteil Stefansfeld haben wir mit einem Anbau an die bestehende Sporthalle an der Förderschule neue Räumlichkeiten für ein Dorfgemeinschaftshaus geschaffen. Rund 3 Millionen Euro investieren wir hier – und das ganz bewusst.

Ich sage ausdrücklich: Das ist keine Pflichtaufgabe. Aber aus meiner Sicht gehört sie zur kommunalen Daseinsvorsorge einfach dazu.

Denn ohne Orte der Begegnung gibt es kein Ehrenamt. Ohne Ehrenamt gibt es kein lebendiges Dorfleben.

Das Projekt ist weitgehend fertiggestellt. Und ich freue mich besonders, dass die kommende Fasnacht bereits in den neuen Räumlichkeiten stattfinden wird. Die offizielle Einweihung holen wir am Samstag, den 16.05.2026 nach.

Dieses Dorfgemeinschaftshaus steht beispielhaft für das, was wir in Salem wollen: Räume schaffen für Gemeinschaft, für Zusammenhalt.

Und damit bin ich beim Ehrenamt. Unsere Dorfgemeinschaftshäuser sind mehr als Gebäude. Sie werden zu Orten des Miteinanders durch Menschen, die Verantwortung übernehmen – oft unbeachtet, aber unverzichtbar.

Lassen Sie uns nun gemeinsam auf das vergangene Jahr zurückblicken – auf viele Momente des Miteinanders in unserer Gemeinde.

Die folgende Bilderpräsentation gibt Einblicke in das Gemeindeleben: in Feste, Ausstellungen, Veranstaltungen und das, was Salem als Gemeinschaft ausmacht. Ich wünsche Ihnen dabei gute Unterhaltung.

### **Bilderpräsentation**

Nach diesem Rückblick auf ein lebendiges Jahr in unserer Gemeinde richtet sich der Blick nun nach vorne.

Denn all das, was wir gesehen haben – Engagement, Veranstaltungen, Begegnungen – braucht eine verlässliche Grundlage. Und diese Grundlage sind solide Finanzen.

Dabei ist mir eines wichtig:

Verantwortungsvolle Kommunalpolitik bedeutet nicht nur, über Einnahmen zu sprechen. Ja, wir haben Steueranpassungen vorgenommen. Aber genauso gehört es dazu, die eigenen Strukturen und Ausgaben kritisch zu hinterfragen.

Die Rahmenbedingungen für Städte und Gemeinden sind schwieriger geworden. Wirtschaftliche Unsicherheiten, zusätzliche Aufgaben und neue Belastungen aus dem Landkreis – etwa im Zusammenhang mit dem Klinikum – wirken sich unmittelbar auf unsere kommunalen Spielräume aus. Unser Ziel ist deshalb eindeutig: Salem soll auch künftig handlungsfähig bleiben.

Das setzt voraus, dass wir zweierlei tun:

Wir stärken unsere Einnahmen – und wir stellen bestehende Strukturen auf den Prüfstand. In der Verwaltung ebenso wie im Bildungsbereich, verantwortungsvoll, sachlich und mit Blick auf die langfristige Tragfähigkeit.

Ein besonders sensibler Bereich ist dabei die Kinderbetreuung.

Unsere Kindergärten sind ein Herzstück unserer Gemeinde. Genau deshalb geht es hier nicht vorrangig ums Sparen, sondern um verlässliche Strukturen, klare Organisation und ein pädagogisches Konzept, das den Erzieherinnen ermöglicht, sich auf ihre eigentliche Arbeit zu konzentrieren.

Mit aktuell sieben parallelen Betreuungsmodellen stoßen wir organisatorisch und personell an Grenzen. Fachstellen, Leitungen und der KVJS haben uns deutlich gespiegelt, dass diese Vielfalt auf Dauer nicht mehr verlässlich steuerbar ist.

Deshalb müssen wir unsere Strukturen weiterentwickeln.

Nicht, um Angebote abzubauen.

Sondern um Qualität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu gewährleisten – für Kinder, Eltern und Mitarbeitende.

Veränderungen sind dabei nie einfach. Aber Verantwortung heißt auch, rechtzeitig zu handeln, bevor Strukturen instabil werden. Genau diesen Weg wollen wir nun gehen – sachlich, transparent und mit dem Ziel, unsere Gemeinde auch in Zukunft gut aufzustellen.

An dieser Stelle möchte ich bewusst über die Menschen sprechen, die dieses System tagtäglich tragen: unsere Erzieherinnen und Erzieher.

Die Arbeit in unseren Kindertageseinrichtungen ist anspruchsvoll.

Sie findet mitten im Leben statt – nah an Familien, nah an Kindern, nah an Erwartungen.

Und diese Erwartungen sind hoch.

Eltern wünschen sich Verlässlichkeit, Flexibilität, individuelle Lösungen, passende Zeiten – oft abgestimmt auf sehr unterschiedliche berufliche und familiäre Situationen. Das ist verständlich. Gleichzeitig ist es eine enorme Herausforderung für diejenigen, die den Alltag in den Einrichtungen organisieren und gestalten müssen.

Hinzu kommt: Kritik bleibt nicht aus. Beschwerden gibt es – auch gegenüber Fachstellen wie dem KVJS. Das gehört zur Realität dieses Arbeitsfeldes. Aber eines möchte ich sehr klar sagen:

Unsere Erzieherinnen und Erzieher stehen jeden Tag mit großem Engagement für ihre Arbeit ein.

Sie arbeiten mit den Kindern. Sie fördern und begleiten Entwicklung. Sie geben Halt, Struktur und Vertrauen.

Und sie tun das unter Bedingungen, die nicht immer einfach sind: mit wechselnden Gruppen, mit Personalausfällen, mit organisatorischen Anforderungen – und oft unter dem Eindruck, es allen recht machen zu müssen.

Trotzdem läuft der Betrieb. Trotzdem sind unsere Einrichtungen geöffnet. Und vor allem: Jedes Kind in Salem hat einen Kindergartenplatz.

Das ist keineswegs selbstverständlich.

Und unsere Erzieherinnen und Erzieher identifizieren sich mit ihren Einrichtungen. Sie helfen sich gegenseitig aus, sie springen ein, sie halten den Betrieb am Laufen – oft über das hinaus, was man erwarten darf.

Ich weiß: Manches läuft nicht immer perfekt. Aber ich weiß auch: Unsere Teams in den Kindergärten machen einen guten Job – und sie tun das mit Herz, mit Professionalität und mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein.

Ich finde, das darf man heute auch einmal deutlich sagen. Dafür gebührt ihnen Respekt. Und dafür gebührt ihnen Dank.

Ein weiteres großes Thema, das uns intensiv beschäftigt, ist der Sport – und ganz konkret unsere Sporthallen.

Eines ist dabei völlig unstrittig:

Wir wollen die Vier-Raum-Sporthalle am Bildungszentrum sanieren. Diese Halle ist in die Jahre gekommen, sie ist zentral für Schule und Vereine – und sie muss erhalten

werden. Wir sprechen hier über eine Investition von rund 15 Millionen Euro, und wir stehen zu diesem Vorhaben.

Aktuell haben wir erneut einen Bundeszuschuss in Höhe von rund 6,75 Millionen Euro beantragt – bereits zum zweiten Mal. Und ich sage offen:  
Wir müssen hier hartnäckig bleiben.

Gleichzeitig gehört zur Ehrlichkeit aber auch dazu:  
Ohne diesen Zuschuss ist die Sanierung in dieser Größenordnung finanziell nicht tragbar.

Mit der Sanierung stellt sich jedoch zwangsläufig eine zweite, ebenso wichtige Frage:  
Wie sichern wir während einer rund zweijährigen Bauzeit den Schul- und Vereinssport?

Schon heute sind die Hallenzeiten knapp. Während der Bauphase würden sie noch knapper. Und deshalb haben die Vereine – völlig nachvollziehbar – immer wieder den Wunsch geäußert, zusätzliche Hallenkapazitäten zu schaffen.

Genau deshalb wollen wir die Sanierung der Vier-Raum-Halle nicht isoliert, sondern im Zusammenhang betrachten:  
Sanierung auf der einen Seite – und die Frage nach zusätzlichen Trainingsmöglichkeiten auf der anderen.

In diesem Zusammenhang prüfen wir gezielt den Bau einer zusätzlichen Drei-Raum-Trainingshalle. Und auch hier sage ich klar und ohne Umschweife:  
Diese Halle wird nicht für den Schulbetrieb benötigt, sondern ausschließlich für den Vereinssport. Sie wäre damit eine freiwillige Leistung der Gemeinde.

Gerade deshalb ist es mir wichtig, offen zu benennen, worum es geht:  
Wir sprechen hier über eine bewusste Entscheidung für den Vereinssport – über zusätzliche Qualität, zusätzliche Kapazitäten und zusätzliche Verantwortung. Diese Entscheidung kann und darf nur auf einer ehrlichen Abwägung von Bedarf, Finanzierbarkeit und Prioritäten beruhen.

Die Investitionskosten für die Trainingshalle liegen nach unserer Schätzung bei rund 6 Millionen Euro. Aus dem Sonderprogramm des Bundes – dem sogenannten LuKIFG, einem Förderprogramm für kommunale Infrastruktur – stehen uns rund 7,3 Millionen Euro zur Verfügung. Damit könnten wir die Investitionskosten für die zusätzliche Trainingshalle selbst abdecken.

Was damit jedoch nicht finanziert ist, sind die laufenden Kosten, wie Unterhalt und Betrieb. Und genau an dieser Stelle müssen wir offen sprechen:

Zusätzliche Infrastruktur bedeutet zusätzliche Kosten. Und wir sind als Gemeinde nicht mehr in der Lage, alles dauerhaft unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Das heißt nicht, dass wir Vereine alleinlassen.

Aber es heißt: Über eine angemessene Beteiligung an Hallenmieten und Betriebskosten werden wir sprechen müssen.

Wie diese Beteiligung konkret aussieht, wird sorgfältig und gemeinsam zu klären sein. Zum heutigen Zeitpunkt wäre es unseriös, Zahlen zu nennen. Aber eines ist wichtig: Diese Frage muss von Anfang an transparent auf dem Tisch liegen.

Denn unser Ziel ist nicht, Sport zu verhindern – sondern ihn dauerhaft möglich zu machen.

Neben den großen Themen im Sport- und Freizeitbereich gibt es weitere Projekte, die weniger sichtbar, aber für das Funktionieren unserer Gemeinde unverzichtbar sind.

Ein zentrales Beispiel ist die Sanierung und Erweiterung unserer Kläranlage. Die bestehende Anlage ist in die Jahre gekommen und hat ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Hier geht es nicht um Wünsche, sondern um eine gesetzliche Pflichtaufgabe – und zugleich um einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Gewässerschutz.

Ursprünglich sind wir bei diesem Projekt von Investitionskosten in Höhe von rund 12 Millionen Euro ausgegangen. Inzwischen liegen wir bei 16 Millionen Euro. Der

Hauptgrund dafür ist ein deutlich schlechterer Baugrund als ursprünglich angenommen – ein Risiko, das sich erst im laufenden Verfahren konkret gezeigt hat.

Das sind zusätzliche Belastungen, die niemand gerne sieht. Aber es sind Belastungen, denen wir uns stellen müssen. Anders als bei vielen anderen Projekten gibt es hier so gut wie keine Zuschüsse. Die Investition muss nahezu vollständig aus eigenen Mitteln getragen werden. Zwar wird die Kläranlage im Eigenbetrieb geführt und nicht im Kernhaushalt – aber auch das sind Mittel, die die Gemeinde erwirtschaften und verantworten muss.

Ein weiteres großes Infrastrukturprojekt ist der Breitbandausbau.

Der Start war ursprünglich bereits für 2024 geplant. Durch die Insolvenz des beauftragten Bauunternehmens hat sich der Ausbau um ein Jahr verzögert. Entscheidend ist aber: Jetzt läuft das Projekt.

Drei Bauunternehmen sind parallel im Einsatz. Wir investieren rund 14 Millionen Euro, bei einer Förderquote von 90 Prozent. Das ist ein starkes Signal und zeigt, dass sich gute Vorbereitung und Hartnäckigkeit auszahlen. Breitband ist heute ein zentraler Standortfaktor – für Arbeiten, Bildung und Wohnen.

Und dann ist da noch ein Projekt, das vielen von uns besonders am Herzen liegt: unser Bahnhof.

Der Bahnhof gehört der Gemeinde. Er ist ein denkmalgeschütztes Ensemble mit großer Geschichte – und mit großem Potenzial. Unser Ziel ist klar: Wir wollen dieses Areal nicht weiter verwalten, sondern entwickeln.

Die Ausschreibung ist veröffentlicht. Die ersten Rückmeldungen liegen vor. Und ich kann sagen: Sie stimmen mich vorsichtig optimistisch. Es gibt Interesse, es gibt Ideen, und es gibt Gesprächsbereitschaft. Genau diesen Weg wollen wir jetzt konsequent weitergehen.

Denn eines ist klar:

Ohne Entwicklung drohen Stillstand, weiterer Verfall und steigende Folgekosten. Mit einem passenden Partner hingegen kann der Bahnhof wieder zu einem Ort werden, der Identität stiftet und zusätzliches Leben an diesem wichtigen Verkehrsknotenpunkt ermöglicht.

Wenn man all diese Projekte zusammen betrachtet – Kläranlage, Breitband, Bahnhof, Sport und Bildung – dann wird deutlich:  
Die Aufgaben werden nicht weniger. Sie werden komplexer. Und sie laufen oft parallel.

Gleichzeitig haben wir in den vergangenen Jahren gezeigt, dass wir genau mit solchen Herausforderungen verantwortungsvoll umgehen können. Wir haben Projekte solide vorbereitet, Fördermittel konsequent genutzt und Maßnahmen Schritt für Schritt umgesetzt – ohne Aktionismus, aber mit klarem Plan.

Gerade deshalb braucht es weiterhin Prioritäten, einen klaren Kurs und einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren finanziellen Möglichkeiten. Nicht alles kann gleichzeitig umgesetzt werden. Aber vieles lässt sich realisieren, wenn es gut durchdacht, sauber finanziert und realistisch geplant ist.

Diesen Anspruch haben wir an uns selbst – und an die Art, wie wir Salem weiterentwickeln wollen.

Neben all den technischen, baulichen und finanziellen Fragen gibt es Themen, bei denen es nicht um Projekte oder Zahlen geht, sondern um Menschen und ihren Alltag. Dazu gehört ganz zentral die Frage nach Wohnraum – und nach einer verlässlichen ärztlichen Versorgung in unserer Gemeinde.

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Begriff, den wir alle verwenden. Gleichzeitig müssen wir ehrlich darüber sprechen, was das heute bedeutet. Viele verbinden damit Mieten von acht Euro pro Quadratmeter oder weniger. Wenn man sich jedoch anschaut, was es heutzutage kostet, Wohnraum zu schaffen, wird deutlich:

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit klafft eine erhebliche Lücke – und diese Lücke muss am Ende jemand finanzieren.

Als Gemeinde können wir die Mechanismen von Angebot und Nachfrage nicht einfach außer Kraft setzen. Was wir aber tun können – und was wir auch tun ist unseren Beitrag zum Wohnraumangebot zu leisten.

Ein zentrales Projekt ist dabei die Wohnbauentwicklung an der Ortseinfahrt von Neufrach. Hier sollen 18 Einfamilienhäuser und vier Mehrfamilienhäuser entstehen. Dieses Vorhaben begleitet uns – auch juristisch – seit Jahren. Umso wichtiger ist: Der Satzungsbeschluss wurde am 15. Dezember 2025 gefasst. Offen ist noch das Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim. Gleichwohl haben wir das Projekt rechtssicher vorbereitet und vorangebracht.

Ein weiteres Vorhaben ist eine 1,23 Hektar große Innenentwicklungsfläche in der Ortsmitte von Mimmenhausen, die wir als Gemeinde erworben haben. Sie grenzt unmittelbar an die Grundschule an. Aktuell erarbeiten wir die Leitplanken für Erschließung und Bebauung, mit dem Ziel, diese Fläche zeitnah einer Wohnbebauung zuzuführen.

In der neuen Gemeindemitte Salem haben wir zudem rund 4.800 Quadratmeter an einen ortsansässigen Bauträger veräußert. Dort entstehen drei Mehrfamilienhäuser mit jeweils acht Wohnungen sowie ein Ärztehaus. Der Baubeginn ist für das kommende Frühjahr vorgesehen.

Gerade die ärztliche Versorgung ist ein Thema, das uns in diesem Zusammenhang besonders beschäftigt. Viele Ärztinnen und Ärzte werden in den kommenden Jahren altersbedingt kürzertreten, und Praxisnachfolgen sind längst keine Selbstverständlichkeit mehr.

Deshalb stehen wir im engen Austausch mit unseren Ärzten vor Ort und arbeiten gemeinsam daran, Rahmenbedingungen zu schaffen, die attraktiv und zukunftsfähig sind – bis hin zur Perspektive eines medizinischen Versorgungszentrums.

Dabei ist uns eines wichtig: Wir können Entwicklungen nicht erzwingen. Aber wir können sie vorbereiten, ermöglichen und verlässlich begleiten. Und genau das tun wir – realistisch, verantwortungsvoll und mit Blick auf die langfristige Versorgung unserer Gemeinde.

Mir ist bei all den Projekten, Entscheidungen und Diskussionen eines besonders wichtig: Wir treffen diese Entscheidungen nicht losgelöst von den Menschen vor Ort.

Im vergangenen Jahr habe ich deshalb in allen elf Ortsteilen Bürgerversammlungen durchgeführt. Dort habe ich Projekte vorgestellt, Planungen erläutert, Fragen beantwortet – und auch kontrovers diskutiert. Das war nicht immer bequem, aber immer wichtig.

Diese Abende waren für mich – und auch für Frau Stark und die Kollegen der IT, die mich dabei regelmäßig begleitet haben – eine persönliche Aufgabe und Herausforderung. Denn Bürgerdialog bedeutet zuhören, erklären, aushalten und manchmal auch widersprechen.

Aber genauso verstehe ich meine Rolle als Bürgermeister: nicht nur zu entscheiden, sondern im Austausch zu bleiben.

Ich bin überzeugt: Gute Entscheidungen werden nicht schlechter, wenn man sie erklärt. Und Vertrauen entsteht dort, wo man miteinander spricht – auch wenn man nicht immer einer Meinung ist.

Zum Schluss möchte ich Danke sagen.

Und ich weiß: Das ist kein Dank aus einer bequemen Situation heraus.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung stehen derzeit vor großen Herausforderungen.

Wir haben Entscheidungen auf der Einnahmeseite getroffen. Und zugleich klar gesagt: Auch die Verwaltung leistet ihren Beitrag.

Strukturen sind nicht in Stein gemeißelt. Sie müssen regelmäßig überprüft werden.

Das bedeutet, dass Abläufe hinterfragt, Zuständigkeiten neu geordnet und nicht jede Stelle automatisch wiederbesetzt wird.

Das fordert viel – fachlich, organisatorisch und menschlich. Und es verlangt Haltung.

Gerade deshalb sage ich heute ganz bewusst:

Unsere Verwaltung arbeitet engagiert, professionell und loyal.

Sie arbeitet nicht im Rampenlicht, sondern verlässlich im Hintergrund – sachlich, verantwortungsbewusst und im Dienst dieser Gemeinde.

Sie setzt Beschlüsse um, erklärt Entscheidungen, moderiert Interessen und bleibt auch dann handlungsfähig, wenn der Weg schwierig ist oder Kritik laut wird.

Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Und genau deshalb sage ich am Ende dieser Rede aus voller Überzeugung:

Herzlichen Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – für ihre Arbeit, ihre Loyalität und ihren Einsatz für Salem.

Nicht minder herausfordernd ist die Situation für den Gemeinderat. Auch das sage ich offen – und mit einem kleinen Augenzwinkern:

Einnahmeerhöhungen gehören nicht zu den Lieblingpunkten auf der Tagesordnung. Standards zu hinterfragen übrigens auch nicht. Und wenn dann noch Zuschüsse, Förderprogramme oder liebgewonnene Selbstverständlichkeiten zur Diskussion stehen, dann weiß man spätestens am nächsten Morgen:

Diese Sitzung war nicht ganz ohne.

Der Gemeinderat muss Entscheidungen treffen, die notwendig sind – auch dann, wenn sie nicht populär sind. Entscheidungen, bei denen man weiß, dass sie nicht überall Beifall finden, aber dennoch Verantwortung tragen.

Und ja – ich sage das ganz selbstkritisch:

Der Gemeinderat hat es mit mir als Bürgermeister nicht immer leicht. Ich weiß das. Ich fordere, ich dränge, ich nerve gelegentlich – und ich erinnere gern auch mehrfach an Dinge, die man vielleicht lieber noch ein bisschen schieben würde.

Aber genau darin zeigt sich gute kommunalpolitische Arbeit:  
im Ringen um die beste Lösung, im Aushalten unterschiedlicher Meinungen – und  
darin, am Ende gemeinsam Verantwortung für diese Gemeinde zu übernehmen.

Dafür braucht es Zeit und Nerven – und manchmal auch eine gewisse  
Frustrationstoleranz. Deshalb sage ich heute auch an dieser Stelle ganz bewusst:  
Danke an die Mitglieder unseres Gemeinderats – für ihre Bereitschaft, sich dieser  
Verantwortung zu stellen, für ihre Diskussionsfreude, für ihre Geduld und für ihr  
Engagement für Salem.

Ein besonderer Dank gilt meinen Bürgermeisterstellvertretern – allen dreien – und  
ganz besonders meiner ersten Stellvertreterin Petra Herter. Wir stehen in einem  
engen und vertrauensvollen Austausch. Oft auf kurzem Weg, immer offen und  
verlässlich. Dieser Austausch schafft Klarheit in Entscheidungen und Stabilität in der  
täglichen Arbeit.

Gerade in herausfordernden Zeiten ist es wichtig, Menschen an seiner Seite zu  
wissen, die zuhören, mitdenken und Verantwortung mittragen. Dafür bin ich sehr  
dankbar.

Dieses Miteinander ist keine Selbstverständlichkeit – und es trägt wesentlich dazu  
bei, dass die Arbeit im Rathaus gut und konstruktiv gelingt. Herzlichen Dank für  
dieses Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Und natürlich wäre Salem nicht Salem ohne das, was unsere Gemeinde im Innersten  
zusammenhält:

unsere Vereine, unsere Kirchen, unsere Feuerwehr und die vielen ehrenamtlich  
Engagierten. Menschen, die Verantwortung übernehmen, Zeit schenken und  
Gemeinschaft leben – oft still, oft selbstverständlich, aber immer mit großem Einsatz.

Gerade deshalb weiß ich:

Wenn wir über Einsparungen sprechen müssen, wird es nicht einfacher. Und umso höher rechne ich es allen an, die trotzdem konstruktiv bleiben, das Gespräch suchen und bereit sind, gemeinsam Lösungen zu tragen.

Ich weiß: Mein Kurs ist nicht immer bequem. Ich weiß auch: Er fordert uns allen einiges ab.

Aber ich bin überzeugt:

Er ist richtig. Klar in der Linie. Verantwortungsvoll in der Sache. Und getragen von dem gemeinsamen Ziel, Salem gut, verlässlich und zukunftsfähig aufzustellen.

Und Zukunft entsteht nicht von allein. Sie entsteht, wenn Menschen Verantwortung übernehmen – in der Verwaltung, im Gemeinderat, in den Vereinen, im Ehrenamt und in der Bürgerschaft.

Und wenn am Ende dieses Neujahrsempfangs das Gefühl bleibt:

Das ist vielleicht kein einfacher Weg – aber ein ehrlicher, ein gemeinsamer und ein gangbarer Weg, dann haben wir heute viel erreicht.

Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen, für Ihre Unterstützung und für den offenen Dialog in unserer Gemeinde. Lassen Sie uns das neue Jahr mit Zuversicht und Mut beginnen – mit dem gemeinsamen Willen, Salem weiterzuentwickeln und das Miteinander zu stärken.

16.01.2026

gez.

M.Härle